

Bekanntmachung

Betreffend Zulassung einer Ausnahme von der Verordnung über die Höchstpreise für Benzin, vom 27. Mai 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 426). Vom 27. Juni 1916.

Auf Grund des § 8 der Verordnung über die Höchstpreise für Benzin vom 27. Mai 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 426) wird für die Zeit von dem Tage der Verkündung dieser Bekanntmachung bis zum 31. August 1916 eine Ausnahme von dem Höchstpreise für Testbenzin (Terpentinöler) dahin zugelassen, daß der Preis bei Verkäufen von weniger als hundert Kilogramm sechzig Mark, bei Verkäufen von weniger als fünfundsiebzig Kilogramm siebenzig Mark erreichen darf; diese Preise schließen die Vergütung für die Ueberlassung und das Füllen von Behältnissen, sowie für die Lieferung in das Haus des Käufers ein.

Diese Ausnahme gilt nicht bei Verkäufen durch den Erzeuger, sowie für Ware, die aus dem Auslande eingeführt ist, beim Verkauf durch den Einfuhrhändler.

Berlin, den 27. Juni 1916.

Der Reichskanzler.

Am Auftrage: Freiherr von Stein.

Bekanntmachung

Aber das Inkrafttreten der Bekanntmachung über Ausdehnung der Verordnung über den Verkehr mit Delikatessen usw. vom 19. Oktober 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 675). Vom 26. Juni 1916.

Auf Grund des § 12 der Bekanntmachung über den Verkehr mit Delikatessen und daraus gewonnenen Produkten vom 15. Juli 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 438) bestimme ich:

Die Bekanntmachung über die Ausdehnung der Verordnung über den Verkehr mit Delikatessen usw. vom 19. Oktober 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 675) tritt hiermit außer Kraft.

Berlin, den 26. Juni 1916.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers.

Dr. Helfferich.

Bekanntmachung

Aber die Änderung der Höchstpreise für Soda. Vom 26. Juni 1916.

Auf Grund des § 4 der Verordnung über Höchstpreise für Soda vom 26. Mai 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 417) wird der § 1 dieser Verordnung wie folgt geändert:

§ 1. Die Preise für Soda dürfen die in nachstehender Uebersicht aufgeführten Beträge nicht übersteigen.

A. Kalzinierte Soda (Ammoniumsoda, Sulfatsoda, Sodapulver)

1. Bei Abgabe von 50 bis 500 Kilogramm für 100 Kilogramm

Reingewicht ausschließlich Verpackung frei Bahnhof Versand-

station oder frei Haus am Orte des Lieferanten 15,00 Mk.

2. Bei Abgabe von geringeren Mengen als 50 Kilogramm für

1 Kilogramm einschließlich Verpackung 0,24 Mk.

für 1/2 Kilogramm einschließlich Verpackung 0,12 "

B. Kristall- und Feinsoda

1. Bei Abgabe durch den Hersteller (Fabrikpreis):

a) Kristallsoda:

für 100 Kilogramm Reingewicht ausschließlich Verpackung

frei Bahnhof Versandstation oder frei Haus am Orte des

Herstellers 8,00 Mk.

b) Feinsoda:

für 100 Kilogramm Reingewicht ausschließlich Verpackung

frei Bahnhof Versandstation oder frei Haus am Orte des

Herstellers

I. im Sack 9,00 Mk.

II. in Packungen zu je 1/2 oder 1 Kilogramm

einschließlich dieser Packungen 10,00 "

2. Beim Weiterverkauf in Mengen von 50 Kilogramm und

darüber

a) Kristallsoda:

für 100 Kilogramm Reingewicht ausschließlich Verpackung

frei Bahnhof Versandstation oder frei Haus am Orte des

Lieferers 10,25 Mk.

b) Feinsoda:

für 100 Kilogramm Reingewicht ausschließlich Verpackung

frei Bahnhof Versandstation oder frei Haus am Orte des

Lieferers

I. im Sack 11,25 Mk.

II. in Packungen zu je 1/2 oder 1 Kilogramm

einschließlich dieser Packungen 12,00 "

3. Beim Verkauf von geringeren Mengen als 50 Kilogramm

Kristall- oder Feinsoda

für 1 Kilogramm einschließlich Verpackung 0,18 Mk.

für 1/2 Kilogramm einschließlich Verpackung 0,09 "

Diese Bekanntmachung tritt mit dem Tage der Verkündung

in Kraft.

Berlin, den 26. Juni 1916.

Der Reichskanzler.

Am Auftrage: Freiherr von Stein.

Bekanntmachung

Betreffend Veräußerung von Binnenschiffen an Nichtreichsangehörige. Vom 26. Juni 1916.

Der Bundesrat hat auf Grund des § 3 des Gesetzes über die Ermächtigung des Bundesrats zu wirtschaftlichen Maßnahmen usw. vom 4. August 1914 (Reichs-Gesetzbl. S. 327) folgende Verordnung erlassen:

§ 1. Alle Rechtsgeschäfte, durch die das Eigentum eines zur Schifffahrt auf Flüssen oder sonstigen Binnengewässern bestimmten Schiffes ganz oder teilweise von einem Reichsangehörigen an einen Nichtreichsangehörigen übertragen werden soll, sind verboten.

Das gleiche gilt für Rechtsgeschäfte, durch die das Eigentum von Schiffen, die zur Schifffahrt auf Flüssen oder sonstigen Binnengewässern bestimmt sind und für Rechnung eines Reichsangehörigen gebaut oder für Rechnung eines Nichtreichsangehörigen deutschen Werften in Bau gegeben werden, an Nichtreichsangehörige übertragen werden soll.

Ferner sind für die im Absatz 1 bezeichneten Schiffe, die in ein deutsches Schiffsregister eingetragen sind und eine Tragfähigkeit von mehr als 15 000 Kilogramm haben, sowie für die im Absatz 2 bezeichneten Schiffe mit einer solchen Tragfähigkeit verboten:

1. alle die Beförderung von Gütern bezweckenden Miet- oder Frachtverträge, durch die zusammen mehr als der dritte Teil des Reiterräumes oder der Tragfähigkeit eines solchen Schiffes in Anspruch genommen wird, soweit die Beförderung nicht ausschließlich von oder nach Häfen des Inlandes erfolgen soll;
2. alle Verträge, durch die ein solches Schiff einem Nichtreichsangehörigen für einen anderen Zweck als für die Beförderung von Gütern zum Gebrauch überlassen wird.

§ 2. Die Verlegung des Heimatsortes eines Schiffes der im § 1 bezeichneten Art in das Ausland ist verboten.

§ 3. Zuwiderhandlungen gegen diese Verordnung werden mit Gefängnis bis zu drei Jahren und mit Geldstrafe bis zu fünfzehntausend Mark oder mit einer dieser Strafen bestraft, sofern nicht nach anderen Strafgesetzen eine höhere Strafe verurteilt ist. Die Zuwiderhandlung ist auch strafbar, wenn ein Deutscher sie im Auslande begeht.

Der Versuch ist strafbar.

§ 4. Der Reichskanzler kann Ausnahmen von den Verböten dieser Verordnung zulassen.

§ 5. Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft. Der Reichskanzler bestimmt, wann und in welchem Umfang sie außer Kraft tritt.

Berlin, den 26. Juni 1916.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers.

Dr. Helfferich.

XVIII. Armeekorps.

Stellvertretendes Generalkommando.

Ib. Pr., III b. Tgb.-Nr. 2355/2644/2727.

Frankfurt a. M., den 18. Mai 1916

Betr.: Auslegen und Feilhalten ausländischer Zeitungen.

Verordnung

In Erweiterung der diesseitigen Verfügung III b Nummer 43 465/3380 vom 17. November 1914 bestimme ich auf Grund der §§ 1 und 9 des Gesetzes über den Belagerungszustand vom 4. Juni 1851 für den mir unterstellten Korpsbezirk und — im Einvernehmen mit dem Gouverneur bzw. Kommandanten — auch für den Befehlzbereich der Festungen Mainz und Coblenz:

Außer dem Auslegen von Tageszeitungen und Wochenschriften des feindlichen Auslandes wird auch das Feilhalten und Auslegen der nachbenannten Schweizer Zeitungen

Courrier de Genève,
Journal de Genève,
Tribune de Genève,
Genevois,
Suisse,
Gazette de Lausanne,
Tribune de Lausanne,
National Suisse,
Démocrate,
Corriere del Ticino und
Gazetta Ticinese

an dem Publikum allgemein zugänglichen Orten (Wirtschaften, Gasthäusern, Kuchenhäusern, Wartezäunen, Zeitungsverkaufsstellen usw.) mit Wirkung vom 1. Juni ds. Jrs. an, untersagt.

Zuwiderhandlungen werden nach § 9b des vorgenannten Gesetzes mit Gefängnis bis zu einem Jahr, beim Vorliegen mildernder Umstände mit Haft oder mit Geldstrafe bis 1500 Mark bestraft.

Der Privatbezug ausländischer Zeitungen wird durch Vorstehendes nicht berührt.

Der Kommandierende General:

Freiherr von Gall, General der Infanterie.

Bekanntmachung

über fetthaltige Zubereitungen. Vom 26. Juni 1916.

Der Bundesrat hat auf Grund des § 3 des Gesetzes über die Ermächtigung des Bundesrats zu wirtschaftlichen Maßnahmen usw. vom 1. August 1914 (Reichs-Gesetzbl. S. 327) folgende Verordnung erlassen:

§ 1. Fetthaltige Zubereitungen, welche Butter oder Schweinefleisch zu erliegen bestimmt sind, ausgenommen Margarine und Kunstspeisefett, dürfen gewerksmäßig nicht hergestellt, feilgehalten, verkauft oder sonst in den Verkehr gebracht werden.

Dies gilt insbesondere für Erzeugnisse, die außer Butter, Margarine oder einem Speisefett oder Speisefett auch Milch (irgendeiner Art), Wasser, Quark, Stärke, Mehl, mehlarartige Stoffe, Kartoffel oder Gelatine enthalten.

Der Reichsfiskus kann Ausnahmen zulassen.

§ 2. Margarine, die in 100 Gewichtsteilen weniger als 76 Gewichtsteile Fett oder mehr als 20 Gewichtsteile Wasser enthält, darf gewerksmäßig nicht feilgehalten oder verkauft werden.

§ 3. Mit Gefängnis bis zu sechs Monaten und mit Geldstrafe bis zu eintausendfünfhundert Mark oder mit einer dieser Strafen wird bestraft:

1. wer der Vorschrift des § 1 zuwider fetthaltige Zubereitungen herstellt, feilhält, verkauft oder sonst in den Verkehr bringt;
2. wer der Vorschrift des § 2 zuwider Margarine feilhält oder verkauft.

Neben der Strafe kann auf Einziehung der Gegenstände erkannt werden, auf die sich die strafbare Handlung bezieht, ohne Unterschied, ob sie dem Verurteilten gehören oder nicht.

Wird auf Strafe erkannt, so kann angeordnet werden, daß die Verurteilung auf Kosten des Schuldigen öffentlich bekanntgemacht wird. Die Art der Bekanntmachung wird im Urteil bestimmt.

§ 4. Die Vorschriften des § 2 und des § 3 Nr. 2 treten mit dem 15. Juli 1916, die des § 3 Nr. 1 mit dem 3. Juli 1916, in Kraft. Der Reichsfiskus bestimmt den Zeitpunkt des Außerkrafttretens.

Berlin, den 26. Juni 1916.

Der Stellvertreter des Reichsfiskus.

Dr. Helfferich.

Bekanntmachung

gegen irreführende Bezeichnung von Nahrungs- und Genußmitteln. Vom 26. Juni 1916.

Der Bundesrat hat auf Grund des § 3 des Gesetzes über die Ermächtigung des Bundesrats zu wirtschaftlichen Maßnahmen usw. vom 1. August 1914 (Reichs-Gesetzbl. S. 327) folgende Verordnung erlassen:

§ 1. Wer Nahrungs- oder Genußmittel unter einer zur Täuschung geeigneten Bezeichnung oder Angabe anbietet, feilhält, verkauft oder sonst in den Verkehr bringt, wird mit Gefängnis bis zu sechs Monaten oder mit Geldstrafe bis zu eintausendfünfhundert Mark oder mit einer dieser Strafen bestraft.

Neben der Strafe kann auf Einziehung der Gegenstände erkannt werden, auf die sich die strafbare Handlung bezieht, ohne Unterschied, ob sie dem Verurteilten gehören oder nicht.

Wird auf Strafe erkannt, so kann angeordnet werden, daß die Verurteilung auf Kosten des Schuldigen öffentlich bekanntgemacht wird. Die Art der Bekanntmachung wird im Urteil bestimmt.

§ 2. Diese Verordnung tritt mit dem 3. Juli 1916 in Kraft. Der Reichsfiskus bestimmt den Zeitpunkt des Außerkrafttretens.

Berlin, den 26. Juni 1916.

Der Stellvertreter des Reichsfiskus.

Dr. Helfferich.

Bekanntmachung

betreffend die Erntevorschüßungen im Jahre 1916.

Vom 21. Juni 1916.

Der Bundesrat hat auf Grund des § 3 des Gesetzes über die Ermächtigung des Bundesrats zu wirtschaftlichen Maßnahmen usw. vom 1. August 1914 (Reichs-Gesetzbl. S. 327) folgende Verordnung erlassen:

§ 1. Die Erntevorschüßung findet statt:

- a) in der Zeit vom 1. bis 20. Juli 1916 für Winter- und Sommerweizen, Spelz — Dinkel, Fesen — sowie Emmer und Einkorn (Winter- und Sommerfrucht), Winter- und Sommerroggen, Gerste, (Winter- und Sommerfrucht) und Gemenge aus Getreide der vorgenannten Arten zur menschlichen Ernährung geeignet;
- b) in der Zeit vom 1. bis 20. August 1916 für Hafer, auch im Gemenge mit Getreide oder Hülsenfrüchten;
- c) in der Zeit vom 1. bis 25. September 1916 für Kartoffeln, Zuckerrüben und Futterrüben — Runkelrüben, Kohlrüben (Bodenkohlrabi, Wurken), Wasserrüben, Herbstrüben, Stoppelrüben (Türbise), Mören (Kartoffeln) —.

§ 2. Die Erntevorschüßung erfolgt auf Grund der Ernteschätzung nach der Bundesratsverordnung vom 18. Mai 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 383) durch Feststellung von Durchschnittserträgen für die einzelnen Gemeinden. Die Feststellung der Durchschnittserträge liegt den zu diesem Zwecke ernannten Sachverständigen oder Vertrauensleuten ob.

§ 3. Die Landeszentralbehörden sind berechtigt, die Erntevorschüßung auf andere Früchte zu erstrecken.

§ 4. Die zuständige Behörde oder die von ihr beauftragten Personen sind befugt, zur Feststellung der Vorkerträge Grundstücke landwirtschaftlicher Betriebsinhaber zu betreten.

§ 5. Dem Kaiserlichen Statistischen Amt ist eine nach Bezirken der unteren Verwaltungsbehörden gegliederte Zusammenfassung der Ergebnisse (Muster I, II, III) einzusenden:

- a) für die im § 1 a genannten Früchte bis zum 1. August 1916;
- b) für die im § 1 b genannten Früchte bis zum 1. September 1916;
- c) für die im § 1 c genannten Früchte bis zum 5. Oktober 1916.

§ 6. Die Landeszentralbehörden erlassen die Bestimmungen zur Ausführung dieser Verordnung.

Dem Kaiserlichen Statistischen Amt sind die Ausführungsbestimmungen bis zum 1. Juli 1916 einzusenden.

§ 7. Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

Berlin, den 21. Juni 1916.

Der Stellvertreter des Reichsfiskus.

Dr. Helfferich.

Bekanntmachung

betreffend die Erntevorschüßungen im Jahre 1916.

Vom 28. Juni 1916.

Zur Ausführung der Verordnung des Bundesrats vom 21. Juni 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 547 ff.) wird nach deren § 6 das Folgende bestimmt:

§ 1. Mit der Durchführung der Erntevorschüßung im Großherzogtum wird die Großherzogliche Zentralstelle für die Landesstatistik beauftragt. Sie ist demgemäß befugt, die hierzu erforderlichen Anordnungen zu treffen.

§ 2. Nach § 3 der Bundesratsverordnung wird die Erntevorschüßung auf folgende weitere Früchte erstreckt:

- a) in der Zeit vom 1. bis 20. Juli 1916 auf Raps und Rüben, Frühkartoffeln, Senf aus Meer aller Art, aus Luzerne und aus anderen Futterpflanzen, namentlich Erbsen sowie auch in Mischung, sowie auf Senf von Wiesen;
- b) in der Zeit vom 1. bis 20. August 1916 auf Senf und Futterpflanzen wie zu a);
- c) in der Zeit vom 1. bis 25. September 1916 auf Senf aus Futterpflanzen wie zu a), sowie auf Senf von Wiesen (Gewinnmet, Ölmel).

§ 3. Zuständige Behörde im Sinne des § 4 der Verordnung sind in den Städten die Oberbürgermeister oder Bürgermeister, in den Landgemeinden die Großherzoglichen Bürgermeister.

Darmstadt, den 28. Juni 1916.

Großherzogliches Ministerium des Innern.

v. Dombey.

Bekanntmachung.

Der Provinzialausschuß hält während der Zeit vom 15. Juli bis 15. September Ferien.

Während dieser Ferien können in öffentlicher Sitzung nur schleunigste Sachen zur Verhandlung gelangen.

Auf den Lauf der gesetzlichen Fristen sind die Ferien ohne Einfluß.

Gießen, den 3. Juli 1916.

Der Vorsitzende des Provinzialausschusses der Provinz Oberhessen.

Dr. Ufinger.

Betr.: Fahrpreisermäßigungen.

An den Oberbürgermeister zu Gießen, die Großh. Bürgermeisterien der Landgemeinden des Kreises und Großh. Polizeiamt Gießen.

Nachstehendes Schreiben des Königl. Preuss. Herrn Ministers der öffentlichen Arbeiten und des Chefs des Reichsamts für die Verwaltung der Reichseisenbahnen vom 24. v. Mts. teilen wir Ihnen im Anschluß an die Veröffentlichung vom 15. März l. J. (Kreis-Blatt Nr. 24) zur Kenntnisnahme mit.

Gießen, den 5. Juli 1916.

Großherzogliches Preisamt Gießen.

Dr. Ufinger.

Nach einer Mitteilung der Heeresverwaltung sind mancherlei auch vom Feinde internierte Zivilpersonen in der Schweiz zu Erholungszwecken vorübergehend untergebracht worden. In Berücksichtigung eines Wunsches der Heeresverwaltung habe ich mich entschlossen, auch den Angehörigen dieser Personen bei Besuchen auf den preussisch-hessischen Staatseisenbahnen und den Reichseisenbahnen eine Fahrpreisermäßigung in demselben Umfang und unter den gleichen Voraussetzungen zu gewähren wie den Angehörigen kranker oder verwundeter deutscher Kriegsteilnehmer. Voraussetzung ist, daß die zur Erlangung der Vergünstigung beizubringenden Ausweise erkennen lassen, daß es sich um den Besuch von deutschen Zivilgefangenen dieser Art handelt. Im Anschluß an mein Schreiben vom 4. März d. J. II. 26: Ep. 251/II. 829 erlaube ich ergebenst, die für die Ausfertigung der polizeilichen Bescheinigungen zuständigen Stellen entsprechend zu verständigen.

Bekanntmachung.

Betr.: Fleischpreise; hier: Venderung der Preise für Rindfleisch.
Im Anschluß an unsere Bekanntmachung vom 5. Juli 1916 (Gießener Anzeiger Nr. 131) wird § 2 a der Bekanntmachung vom 17. Mai 1916 (Kreisblatt Nr. 49) mit sofortiger Wirkung dahin geändert.

Der Fleischverkaufspreis für Rindfleisch von Tieren I. Klasse und Tieren II. Klasse wird auf 1,80—2,00 Mk. das Pfund festgesetzt. Hierbei ist eine Knochenbeilage von 20 Prozent zulässig, eingewachsene Knochen gelten als Knochenbeilage.

Für Vorzugsstücke werden folgende Höchstpreise festgesetzt:

1. Lenden- und Zwischenrippenstück mit Knochenbeilage von 30 Prozent 2,00—2,20 Mk.
2. Lenden- und Zwischenrippenstück ohne Knochenbeilage 2,30—2,50 "
3. Rinds- und Ochsenzunge ohne Gurgel 2,20—2,40 "

Das Rindfleisch von Tieren III. Klasse ist möglichst zur Durchverteilung zu verwenden; andernfalls ist ein Verkaufspreis von 1,20 Mk. das Pfund angemessen.

Gießen, den 4. Juli 1916.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.
Dr. Ufinger.

An die Großh. Bürgermeistereien der Landgemeinden des Kreises.

Vorstehende Anordnung wollen Sie ortsüblich bekannt machen und besonders die Metzger und Fleischverkäufer darauf hinweisen.

Gießen, den 4. Juli 1916.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.

Dr. Ufinger.

Betr.: Verkehr mit Obst.

An den Oberbürgermeister zu Gießen und die Großh. Bürgermeistereien der Landgemeinden des Kreises.

Der Ausfall der diesjährigen Heidelbeerernte ist derart, daß die Versorgung aus inländischen Beständen erfolgen kann.

Sie können sich wegen des etwaigen Bedarfs namentlich der Stadt und größeren Gemeinden mit den für die Versorgung in Betracht kommenden Kreisämtern Erbad und Heppenheim, sowie Nistfeld, Lauterbach und Bensheim ins Benehmen setzen. Der Absatz und die Lieferung könnte gegebenenfalls durch Händler erfolgen, die Ihnen von den genannten Kreisämtern namhaft gemacht würden.

Gießen, den 4. Juli 1916.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.

Dr. Ufinger.

Betr.: Heutlieferung.

An die Großh. Bürgermeistereien der Landgemeinden des Kreises.

Sie wollen alsbald ortsüblich wiederholt bekannt machen lassen, daß es sich bei den Heutlieferungen an die Seeresverwaltung nur um solches aus dem Jahre 1915 handeln darf, und daß die Beimischung von in 1916 geernteten Heu strafbar ist.

Gießen, den 5. Juli 1916.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.

Dr. Ufinger.

Betr.: Die Verteilung von Tierdungskalendern an die Schulfugend.

An die Schulpflichtigen des Kreises.

Wir fragen an, wieviel Stück Tierdungskalender für 1916 (A Stück = 5 Bg.) Sie für die dortigen Schüler bestellt wissen möchten. Für unbemittelte Kinder können voraussichtlich wie im Vorjahre wieder eine Anzahl Freieremplare gegeben werden. Die Feststellungen über die Stückzahl wollen Sie zur Vermeidung späterer Weiterungen recht genau machen. Der Versand der Kalender kann voraussichtlich Anfang Dezember vor sich gehen.

Ihren Berichten sehen wir binnen 14 Tagen entgegen.

Gießen, den 5. Juli 1916.

Großherzogliche Kreiskaufkommission Gießen.

J. B.: Lauermann.

Bekanntmachung.

Betr.: Maul- und Klauenseuche im Kreise Friedberg.
Die in der Gemeinde Mendel, Kreis Friedberg, ausgebrochene Seuche ist erloschen. Die Sperre ist aufgehoben.

Gießen, den 4. Juli 1916.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.

J. B.: Hemmerde.

Bekanntmachung.

Betr.: Maul- und Klauenseuche im Kreise Wehlar.
Unter der Schafherde auf Hofgut Altenberg im Kreise Wehlar ist die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen.

Gießen, den 4. Juli 1916.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.

J. B.: Hemmerde.

Bekanntmachung.

Betr.: Feldbereinigung Vieh.

In der Zeit vom 15. bis einschließlich 30. Juli l. J. liegt auf Großh. Bürgermeisterei Vieh zur Einsicht der Beteiligten offen:
1. Beschluß der Vollzugskommission vom 24. Juni l. J. über Erhebung von Zinsen für die Drainagekosten.
2. Ergänzungsbeschluß vom gleichen Tage zu den Nachteilschädigungen für das Kreisstraßen- und Bahngelände.
Einwendungen hiergegen sind bei Meldung des Ausschlusses während der Offenlegungszeit bei Großh. Bürgermeisterei Vieh schriftlich einzureichen.

Friedberg, den 25. Juni 1916.

Der Großherzogliche Feldbereinigungskommissär:

Schnittspahn, Regierungsrat.

Bekanntmachung.

Betr.: Feldbereinigung Quedborn; hier: die Drainagen.

In der Zeit vom 21. Juli bis einschließlich 3. August l. J. liegt auf Großh. Bürgermeisterei Quedborn der Beschluß der Vollzugskommission vom 1. Juli l. J. über die Erhebung von Zinsen für die Drainagekosten zur Einsicht der Beteiligten offen.
Einwendungen hiergegen sind bei Meldung des Ausschlusses während der Offenlegungszeit bei Großh. Bürgermeisterei Quedborn schriftlich einzureichen.

Friedberg, den 2. Juli 1916.

Der Großherzogliche Feldbereinigungskommissär:

Schnittspahn, Großh. Regierungsrat.

Wöchentl. Uebersicht der Todesfälle i. d. Stadt Gießen.

25. Woche. Vom 18. bis 24. Juni 1916.

Einwohnerzahl: angenommen zu 33 177 (inkl. 1800 Mann Militär.)

Sterblichkeitsziffer: 15,71 ‰

Nach Abzug von 8 Ortsfremden: 3,14 ‰

Es starben an	Jah.	Erwachsene	im 1. Lebensjahr	Kinder vom 2. bis 15. Jahr
Angeborener Lebensschwäche	1 (1)	—	1 (1)	—
Altersschwäche	1 (1)	1 (1)	—	—
Lungentuberkulose	2 (1)	1 (1)	—	1
Krankheiten der Kreislauforgane	3 (3)	3 (3)	—	—
Krankheiten der Parnorgane	1	1	—	—
Verunglückung	1 (1)	—	—	1 (1)
anderen benannten Krankheiten	1 (1)	1 (1)	—	—
Summa:	10 (8)	7 (6)	1 (1)	2 (1)

Anm.: Die in Klammern gesetzten Ziffern geben an, wie viel der Todesfälle in der betreffenden Krankheit auf von auswärts nach Gießen gebrachte Kranke kommen.

Veröffentlichung des Großh. Kreisgesundheitsamts Gießen.

Dr. Walger, Med.-Rat.

Meteorologische Beobachtungen der Station Gießen.

Jahr	Barometer auf 0° reduziert	Temperatur der Luft	Absolute Feuchtigkeit	Relative Feuchtigkeit	Windrichtung	Windstärke	Grad der Bewölkung bei gemitteltem Tageshimmelszustand	Wetter
1916								
6. 2 ^h	—	22,1	8,7	44	—	—	3	Sonnenschein
6. 9 ^h	—	17,4	10,8	78	—	—	9	Bew. Himmel
7. 7 ^h	—	15,4	11,5	88	—	—	10	Bew. Himmel

Höchste Temperatur am 5. bis 6. Juli 1916: + 21,9° C.

Niedrigste " " 5. " 6. " 1916: + 13,4° C.

Niederschlag 0,2 mm.

Drucksachen aller Art
liefert in jeder gewünschten Ausstattung preiswert die
Brühl'sche Universitäts-Druckerei, Schulstr. 7